



September 2010  
BRASILIEN

AUTOR: KATHRIN ZELLER

## Inhalt

▪ Seite 1

*Die jüngste Wirtschaftsgeschichte*

▪ Seite 2

*Die Regierung Lula*

▪ Seite 2

*Serras Angebot*

▪ Seite 3

*Dilma, Kandidatin der Kontinuität*

▪ Seite 4

*Fazit und Ausblick*

## Brasilien im Wahlkampf- Das Thema „Wirtschaftspolitik“

**Die Kampagnen zur Präsidentschaftswahl erreichen kurz vor dem dieswöchigen Wahlsonntag ihren Höhepunkt. Die Kandidaten nutzen die letzten Möglichkeiten, um die Wähler von ihren Konzepten zu überzeugen. Als eines der wichtigsten Themen im Wahlkampf steht gerade auch die Wirtschaftspolitik weiter zur Debatte.**

Die Medien verkünden seit Monaten eine Erfolgsmeldung nach der anderen. Von einem kurzen Einbruch durch die letzte Weltwirtschaftskrise hatte sich Brasilien außerordentlich schnell erholt und setzt nun seinen Erfolgskurs fort. Die Zahlen sprechen für sich: Das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts (BIP) betrug im ersten Trimester diesen Jahres 9%, die höchste Neuschaffung formeller Arbeitsplätze in der Geschichte wurde in diesem Juni verzeichnet. Zudem konnte die Armut drastisch von 37,5% im Jahr 2001 auf 25,8% im Jahr 2008 gesenkt werden.

Die Frage, mit der der Wahlkampf im Thema *Wirtschaftspolitik* eingeläutet wurde, war daher folgende: Wem hat das Land seinen Erfolg eigentlich zu verdanken? Und welcher der Kandidaten wird am wahrscheinlichsten sicherstellen, dass dieser Erfolg andauert und im besten Fall noch ausgebaut werden kann?

### Die jüngste Wirtschaftsgeschichte

Brasilien blickt mit seiner 22 Jahre jungen Demokratie auf turbulente wirtschaftliche Zeiten zurück. Nach Wiedererlangung der politischen Freiheit, mit Ende der Militärdiktatur 1985, musste auch die Wirtschaft neu justiert werden. Wirtschaftliche Stabilität konnte erst nach den Reformen Mitte der 1990er Jahre erreicht werden. Die neue Währung *Real* beendete die jahrelange Hyperinflation und brachte Fernando Henrique Cardoso (FHC), Schöpfer des *Real* und seinerzeit Wirtschaftsminister, den Sieg bei den kurz darauf folgenden Präsidentschaftswahlen im Jahr 1994.

Fernando Henriques Cardosos Regierungszeit steht heute vor allem für das Ende der staatlichen Monopole in Industrie und Telekommunikation sowie der Öffnung für ausländisches Kapital. Reformen des Staatsapparats, der Sozialversicherung oder auch des Arbeitsmarkts, mit einer starken Tendenz zur Liberalisierung der Märkte und einer restriktiveren Haushaltspolitik brachten erste Verbesserungen in der Wirtschaftsleistung. Ebenfalls markant für die Regierung FHCs ist die Einführung verschiedener Sozialprogramme wie *Luz no Campo*, das Teile ländlicher Regionen erstmals ans Stromnetz anschloss. Als Vorgänger des heutigen Sozialprogramms für Familien, der *bol-*

**ONLINE-PUBLIKATION**

SEPTEMBER 2010

[www.kas.de/brasilien](http://www.kas.de/brasilien)[www.kas.de](http://www.kas.de)

*sa família*, gelten die *bolsa-escola*, die, wie das Programm heute, an den Schulbesuch gebunden war, oder auch die *bolsa-alimentação*, deren Voraussetzung wie bei der *bolsa família* die Impfung der Kinder war.

**Die Regierung Lula**

Die eher konservative Wirtschaftspolitik FHCs wurde mit dem Amtsantritt Lulas und seiner Arbeiterpartei PT im Jahr 2002 größtenteils fortgesetzt. Auslandsschulden wurden abgebaut, die Zentralbank räumt bis heute der Inflationsbekämpfung höchste Priorität ein und das Land erfuhr eine weitere Öffnung für den Handel mit dem Ausland. Sozialprogramme wurden ebenfalls fortgeführt und die *bolsa família* ist heute eines der größten und erfolgreichsten konditionierten Chash-Transfer Programme der Welt.

Die Bilanz der letzten Jahre fällt, trotz vieler weiter bestehender Herausforderungen, sehr positiv aus. Und auch die Oppositionsparteien erkennen dies durchaus an. Uneinigkeit besteht jedoch darüber, wer für die positive Entwicklung verantwortlich ist. Da sich die Wirtschaftsindikatoren vor allem seit Anfang der letzten Dekade ständig verbessern, liegt für die Anhänger Lulas der Grund für das Konjunkturhoch eindeutig in dessen Regierungszeit. Die sozialdemokratische Partei (PSDB) von FHC und José Serra halten jedoch dagegen. FHC habe die wirtschaftlichen Fundamente gelegt, die die aktuelle Entwicklung erst ermöglicht hätten. Dafür habe er teils unpopuläre Reformen durchsetzen müssen, die erst auf längere Sicht, nämlich heute unter Lula, ihre Wirkung zeigen konnten.

Dieser bleibt weiterhin mit Zustimmungswerten von teilweise mehr als 80% der befragten Bevölkerung kaum zu toppen. Lulas Strategie, diesen Erfolg auf die Kandidatin der PT, Dilma

Rousseff, zu übertragen scheint ebenfalls aufgegangen zu sein. War Serra im ersten Quartal des Jahres in den Umfragen noch führend, kämpft er nach aktuellen Umfragen inzwischen darum, wenigstens einen zweiten Wahlgang zu erreichen.

**Serras Angebot**

Seine Ausgangsbasis war dabei anfangs durchaus erfolgversprechend. Serras kann in seiner politische Karriere auf zahlreiche Ämter von großem Gewicht zurückblicken und gilt als sehr erfahren. So war er bereits Abgeordneter auf Bundesebene, Senator und Planungsminister unter Präsident Fernando Henrique Cardoso. Von 1998 bis 2002 hatte er das Amt des Gesundheitsministers inne und wurde später Bürgermeister und Gouverneur von São Paulo, dem wirtschaftlich wichtigsten Bundesstaat Brasiliens. Als einer seiner bedeutsamsten Verdienste gilt die praktische Einführung der Arbeitslosenversicherung. Weiterhin wurde während seiner Zeit als Gesundheitsminister die Herstellung, Registrierung, Nutzung etc. Von Generikamedikamenten freigegeben. Diese Maßnahme konnte den Preis für Arzneimittel deutlich senken. Aus seiner Zeit als Gouverneur des Bundesstaates São Paulo hebt er besonders seine Politik zur Erhöhung von Investitionen hervor. Durch die Neuverhandlung bestehender Verträge mit einer Vielzahl von Unternehmen habe er ohne Steuern anzuheben eine Verschlan- kung des Regierungsapparats und dessen Ausgaben erreicht und so die Finanzierung für Mehrinvestitionen u.a. in Infrastruktur, Sicherheit und Bildung erreicht. Er verspricht Brasilien in eine große Baustelle zu verwandeln. Der Mangel an Straßen, Schiffs- und Flughäfen, Züge, Metros etc. in der Infrastruktur, die mehr und schnelleres Wachstum verhinderten, würden in seiner Regierung, ebenso wie in São Paulo, behoben.

Im Hinblick auf Lula zitiert Serra oftmals drei eher betrübliche Rekorde des Landes: Brasilien habe noch immer eine

## ONLINE-PUBLIKATION

SEPTEMBER 2010

[www.kas.de/brasilien](http://www.kas.de/brasilien)[www.kas.de](http://www.kas.de)

der weltweit geringsten staatlichen Investitionsraten, den höchsten Leitzinssatz und eine Steuerlast, wie in keinem anderen Schwellenland. Er betont daher auch die Wichtigkeit einer unabhängigen Zentralbank. Die Wirtschaftskrise und die damit einhergehende niedrigere Nachfrage sieht er als verpasste Chance den Leitzins zu senken. Das Inflationsziel von derzeit 4,5% scheint momentan nicht gefährdet und so sieht Serra eher die Notwendigkeit den Leitzins zu senken und damit eine weitere Aufwertung der Währung *Real* zu verhindern. Daraus entstehende Tendenzen zur Verschlechterung der Außenhandelsbilanz führt Serra auf die makroökonomische Politik der Regierung Lula zurück. Vor allem der Außenhandel brauche mehr Impulse und Dynamik in der Gestaltung von Zöllen und bei den Verhandlungen mit Handelspartnern um das derzeitige Handelsdefizit zu beseitigen. Im Falle eines Wahlsieges von José Serra, der auch für einen effizienteren Staat wirbt und dies in São Paulo bereits vorgemacht hat, deutet alles auf eine eher restriktive Fiskalpolitik mit dem Ziel eines niedrigeren Wechselkurses und einer stärkeren Liberalisierung der Märkte hin.

„Präsident der Produktion“, so sieht sein Versprechen gegenüber der Industrie aus. Serra will aktive Industriepolitik fördern und betont die Bedeutung der Industrie als Basis der Wirtschaft gegenüber des aktuell massiv betriebenen Rohstoffexports und der dadurch hervorgerufenen Deindustrialisierung der Wirtschaftsstruktur unter Lula. Serra sieht den Staat als „Aktivstaat“. Der Staat solle dabei weder die Produktion der freien Wirtschaft übernehmen oder diese überregulieren, noch passiv am Rande stehen. Statt von Privatisierung spricht er z.B. von der Vergabe von Konzessionen. Diese seien ein entscheidendes Instrument zur Erhöhung von Investitionen in staatliche Güter.

**Dilma, Kandidatin der Kontinuität**

Seine politische Gegnerin Dilma gilt trotz aller Zusicherungen Serras, an die bisherige Politik Lulas anzuknüpfen, als Kandidatin der Kontinuität. Die Wirtschaftsabsolventin trat politisch, vor ihrem Amt als Präsidentschaftsministerin ab 2005, erstmals als Energieministerin des Bundesstaates Rio Grande do Sul in Erscheinung. 2003 wurde sie als Ministerin für Bergbau und Energie in Lulas Kabinett gerufen, wo sie weitestgehend bereits bestehende Verträge weiterführte und den privaten Energiemarkt ausdehnte. Ebenfalls in diese Zeit fällt ihr Engagement für das Programm *Luz para todos* (Strom für alle), das Teile der ländlichen Gebiete an das nationale Stromnetz anband. Zur selben Zeit betrieb sie ein Programm zur Nationalisierung der Industriepolitik. Erstmals wurde ein brasilianischer Mindestanteil beim Bau von Schiffen und Ölplattformen des brasilianischen Staatskonzerns *Petrobras* vorgeschrieben. Dilma begründete die kurzfristig erhöhten Produktionskosten mit langfristigen Lerneffekten durch Forschung und Entwicklung. Heute besitzt Brasilien eine der größten Schiffbauindustrien weltweit und Dilmas „Entwicklungsquote“ scheint sich bewährt zu haben. Die Karriere lässt ansonsten jedoch kaum Rückschlüsse auf einen möglichen Kurs Dilmas in der Wirtschaftspolitik zu. Oft wird daher auch ein Mangel an eigenem Profil Dilmas beklagt.

Nach ihrem wirtschaftspolitischen Programm gefragt stellte sie inzwischen bereits mehrfach die Wichtigkeit der makroökonomischen Stabilität heraus. Die Zentralbank habe die Weltwirtschaftskrise mit Bravour gemeistert und auch der Rekordleitzins von derzeit 10,75% sei der richtige Weg um für dauerhafte Stabilität zu sorgen. Bezüglich der Geldpolitik ist demzufolge im

## ONLINE-PUBLIKATION

SEPTEMBER 2010

[www.kas.de/brasilien](http://www.kas.de/brasilien)[www.kas.de](http://www.kas.de)

Falle von Dilmas Wahlsieg auch damit zu rechnen, dass der *Real* weiterhin stark bleibt und die Tendenz der Fiskalpolitik Lulas zu einer Steigerung der Staatsausgaben, erhalten bleibt. So wurde seit Beginn des Jahres eine Erhöhung der Staatsausgaben um 17,2% festgestellt. Die Staatsverschuldung liegt damit relativ zum Bruttoinlandsprodukt mit 41,4% relativ hoch.

Weiterhin habe die schnelle Erholung von der Krise nicht nur der Wirtschaftspolitik Lulas den Erfolg bescheinigt, sondern auch der Entscheidung, keine weiteren großen, staatlich kontrollierten Institutionen wie die *Banco do Brasil* oder *Petrobras* zu privatisieren. Gerade diese hätten die Wirtschaft vor dem Schiffbruch bewahrt. Trotzdem wehrt sie sich gegen den Begriff des „Staates als Unternehmer“. Vielmehr sieht sie die private und die staatliche Initiative Hand in Hand, den Staat als Wegbereiter für die Investitionen des privaten Sektors. Bestes Beispiel dafür sei die staatliche Entwicklungsbank BNDES, die es heute ermögliche, dass Kredite für private Initiativen, ohne Wartezeiten von bis zu 5 Jahren, wie noch in der letzten Dekade, in ausreichendem Maße vorhanden seien.

Die Neuerung der Wirtschaftspolitik Lulas läge nach Dilmas Einschätzung vor allem in der sozialen Komponente, also der Verbindung von Wachstum und sozialem Fortschritt. Für ihre Regierung kündigt sie die Fortsetzung der Armutsbekämpfung an. Vor allem durch die Fortführung eines Investitionsprogramms Lulas, dem so genannten *PAC*, will Dilma die Infrastruktur im Land, und schwerpunktmäßig in den Armutsvierteln, weiter stärken. Das Programm war allerdings kritisiert worden, weder in Hinblick auf die angekündigte Investitionssumme noch die Zahl der Projekte seinen Versprechungen nachgekommen zu sein.

Auch eine Steuerreform hat Dilma bereits angekündigt. Die Reform sei unverzichtbar, um die Produktivität im Land zu erhöhen und es damit konkurrenzfähiger zu machen.

**Marina Silva**

Einen dritten Weg bietet die Kandidatin der Grünen Partei (PV), Marina Silva. Als langjährige Umweltaktivistin mit einer hohen Anerkennung über die Grenzen Brasiliens hinaus steht bei ihr ein anderes Thema im Mittelpunkt. Im Gegensatz zu Serra, der in São Paulo von Umweltschützern kritisiert wird und Dilma, die den Fortschritt bereits durch den Umweltschutz gefährdet wählte, wirbt Marina für Wachstum und soziale Teilhabe auf der Basis einer intakten Umwelt. Sie verteidigt das Konzept der *Grünen Wirtschaft* als einzige und große Chance für nachhaltiges Wachstum und verspricht einen *Motivationsstaat* an Stelle des jetzigen *Bereitstellungsstaates* zu initiieren. Durch Investitionen in Bildung sollen gerade auch die untersten Einkommensklassen motiviert und befähigt werden, sich aktiv zu beteiligen.

**Fazit und Ausblick**

Wie die Wirtschaftspolitik letztlich wirklich aussehen wird, wird sich wohl erst mit dem Amtsantritt des neuen Präsidenten am 1. Januar 2011 zeigen. Die Kandidaten und deren politische Vorschläge sind bisher nur schemenhaft erkennbar. Da jedoch keiner der Kandidaten sehr weit von der politischen Mitte abweicht, und sich die bisherige Politik nicht nur als wirtschaftlich erfolgreich, sondern auch populär erwiesen hat, sind keine allzu großen Änderungen zu erwarten. Die Weltmeisterschaft 2014 sowie die Olympiade 2016 werfen ebenfalls ihre Schatten voraus und werden die Wirtschaftspolitik entscheidend mit beeinflussen. Vor allem innerhalb der Investitionspolitik zeigen sich bereits Effekte. Der Ausbau von Flughäfen, Straßen und des Schienennetzes ist längst geplant. Ganz gleich, welcher der Kandidaten das Rennen macht, das

**ONLINE-PUBLIKATION**

SEPTEMBER 2010

[www.kas.de/brasilien](http://www.kas.de/brasilien)

[www.kas.de](http://www.kas.de)

Land bei diesen Megaevents von seiner besten Seite zu zeigen wird einer der mitbestimmenden Faktoren sein. Investoren und Politiker weltweit verfolgen diese Entwicklung bereits – in Erwartung, dass ordnungspolitisch alles stabil und wie bisher bleibt. Diese Erwartung wird keiner enttäuschen wollen. Brasilien hat eine realistische Chance eine der wichtigsten Wirtschaftsmächte der Welt zu werden und stellt heute die Weichen dafür. Zu hoffen bleibt, dass der nächste Präsident die Wirtschaftspolitik der nächsten Jahre, trotz, oder gerade durch die Megaevents, nachhaltig und mit einem Nutzen über 2014 hinaus gestaltet.